

Jahres 1889, durch den die starke Tilgung ermöglicht worden ist, betrug 97 Millionen.

Die Neuorganisation der Fabrik-Inspektion wird in einer Denkschrift zum Etat des Handelsministeriums eingehend erläutert.

Die bisherige Fabrik-Inspektion soll zu einer Gewerbe-Inspektion erweitert und den Inspektoren soll die gleiche amtliche Stellung gegeben werden, wie den übrigen technischen Räten der Regierungen. Die Prüfung der Dampfessel wird mit der Gewerbe-Inspektion verbunden. Der neue Dienstzweig soll so geregelt werden, daß 1. in der Regel bei jeder Regierung ein Regierungs-Gewerbe-Inspektor angestellt wird; 2. daß jeder Regierungsbezirk in Inspektionsbezirke eingetheilt und für jeden der letzteren ein Gewerbe-Inspektor angestellt wird. An gewerbetreibenden Beamten sind in Aussicht genommen 26 Regierungs-Gewerbe-Inspektoren und 17 Hilfsarbeiter, für den Regierungsbezirk Magdeburg 1 Regierungs-Gewerbe-Inspektor und 1 Hilfsarbeiter, für den Regierungsbezirk Merseburg und Erfurt je 1 Regierungs-Gewerbe-Inspektor. Die Zahl der ausschließlich für den Lokal-Inspektionsdienst erforderlichen Beamten stellt sich auf 120. Zur Durchführung sind vier Jahre in Aussicht genommen.

18. Januar. (Reichstag: Debatte über die Kornzölle.)

Antrag Murr (Soz.-Demokrat): alle agrarischen Zölle aufzuheben.

Antrag Richter:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Entlastung der minder wohlhabenden Volksschichten und behufs Anbahnung einer gerechtem Bestreuerung durch geeignete Vorlagen 1. die Kornzölle zunächst auf die bis 1887 bestehenden Sätze zu erniedrigen, sodann eine allgemeine Revision des Zolltarifs einzuleiten, welche unter gänzlicher Beseitigung der Zölle auf Korn, Vieh und Holz auch eine Entlastung des Verbrauchs der Landwirtschaft herbeiführt, 2. die Aufhebung der Zufuhrmaterialsteuer und der damit zusammenhängenden Ausschneidewerben für Zucker zu veranlassen, 3. die Privilegien der bisherigen Brenner bei der Verbrauchsabgabe für Branntwein in Frage zu bringen.

Vor Beginn der Debatte gab der Reichskanzler von Caprivi folgende Erklärung ab:

Die Anträge hier im vorigen Jahre eingebracht; inzwischen seien die verbündeten Regierungen mit Oesterreich-Ungarn über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages in Verbindung getreten, und es sei zu erwarten, daß daran solche mit anderen Staaten sich angeschlossen würden. Es sei zu hoffen, daß die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn zu einem beide Theile befriedigenden Resultat führen würden. Nähere Mittheilungen darüber zu machen, sei er (Königs) zur Zeit nicht im Stande. Er beschränkte sich auf die Erklärung, daß die Sorge für Erleichterung der Volksernährung den verbündeten Regierungen ebenfalls am Herzen liege, wie irgenbeiner Partei, und nehme dafür Bezug auf die Maßregeln, welche seit einigen Monaten zur Erleichterung der Fleischzufuhr eingeführt sind. Zugleich sei anzuerkennen, daß es nicht sei, für die Erhaltung derjenigen wirtschaftlichen Gewerbezweige zu sorgen, welche für die Erhaltung des Staats besonders wesentlich sind; dazu gelöre in erster Linie die Landwirtschaft. Bei der Diskussion der Anträge würden sich die verbündeten Regierungen darauf beschränken müssen, einmalige lebendige Irrthümer über thatsächliche Verhältnisse klarzustellen.